

# 11 75

# Union in Deutschland

Bonn, den 13. März 1975

## Klarer Wahlsieg in Rheinland-Pfalz

Der eindrucksvolle Wahlsieg in Rheinland-Pfalz — 53,9 Prozent — setzt den Trend zur Union unvermindert fort. Damit geht die CDU gerüstet in die nächsten Wahlkämpfe dieses Frühjahrs: Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Saarland. Jetzt gilt es, auch dort die Wähler für uns zu mobilisieren.

Die Wahlentscheidung in Rheinland-Pfalz ist eine überzeugende Bestätigung der Regierungspolitik Helmut Kohls und damit der großen Leistungen, die seine Regierung für dieses Land erbracht hat. Gleichzeitig macht das Ergebnis deutlich, daß der Abwärtstrend für die SPD sich nicht etwa verlangsamt, sondern verstärkt hat, während der Aufwärtstrend der CDU weiter angewachsen ist. Bei den Landtagswahlen des Jahres 1974 gewannen CDU und CSU — bezogen auf die Bundestagswahl 1972 — im Schnitt 6,6 Prozent hinzu. In Rheinland-Pfalz gewann die CDU am Sonntag im Vergleich zur Bundestagswahl hingegen 8,0 Prozent dazu, während die SPD 6,4 Prozent verlor.

Bei der Landtagswahl 1971 betrug die Distanz zwischen CDU und SPD 9,5 Prozent. 1975 dagegen 15,4 Prozent. Damit wurde der bisher größte Abstand zwischen beiden Parteien erreicht.

### ■ TERROR

In einer Rede kurz vor seiner Entführung stellte Peter Lorenz Forderungen für die Gesundung des politischen Klimas und die Wahrung der Freiheit Berlins.

Seite 4

### ■ BILDUNGSPOLITIK

Der gescheiterten Bildungspolitik der SPD/FDP-Koalition hält die Union ihr eigenes, realistischeres Konzept entgegen.

Seiten 5—6

### ■ WOHNUNGSBAU

Auf leisen Sohlen versucht die Linkskoalition, mit Hilfe eines sogenannten Wohnbesitzbriefes vom Wege der echten Eigentumsbildung abzuweichen.

Seiten 7—8

### ■ VERSAGEN

Gemessen an den Forderungen des DGB im Jahre 1972 hat die SPD/FDP-Koalition die Interessen der Arbeitnehmerschaft im Stich gelassen und bemäntelt ihr Versagen.

Seiten 11—12

### ■ WAHLSIEG

Prof. Kaltefleiter analysiert das Ergebnis der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz.

Dokumentation

## ■ INFORMATIONEN

### Die Bundesregierung ist nicht schuldlos

Mit fast einer Million Kurzarbeiter stehen trotz des milden Winters zwei Millionen Arbeitnehmer nicht oder nur teilweise im Erwerbsleben. CDU-Bundesvorsitzender Dr. Helmut Kohl stellt hierzu fest: „Die strukturelle und konjunkturelle Arbeitslosigkeit ist alles andere als ein Naturereignis, das unvorhersehbar über eine schuldlose Bundesregierung hereingebrochen ist. Vielmehr hat es die Bundesregierung versäumt, die konjunktur-, stabilitäts- und außenwirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen zu schaffen, die für eine marktwirtschaftliche Ordnung unerlässlich sind. Zu ernster Sorge Anlaß gibt vor allem die hohe Zahl von jugendlichen Arbeitslosen unter 20 Jahren. Ich fordere die Bundesregierung auf, zusammen mit allen politisch Verantwortlichen konkrete Pläne zu entwickeln, die das Problem der Jugendarbeitslosigkeit lösen. Wir dürfen aus staatspolitischen, aber vor allem aus menschlichen Gründen heraus nicht zulassen, daß Jugendliche, die die Schule verlassen, als erste außerschulische Erfahrung Arbeitslosigkeit erleben.“

Nach einer Analyse des „Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ ist in den nächsten sieben Jahren „keine Verringerung, sondern eher eine Verschärfung des Problems der Jugendarbeitslosigkeit zu erwarten“. Der Bundestag wird daher bereits in dieser Sitzungswoche das von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorgelegte Dringlichkeitsprogramm zur Überwindung des Lehrstellenmangels und zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit beraten.

### 8 251 neue Mitglieder

Die Zahl der CDU-Mitglieder steigt auch weiterhin kräftig an. Im Monat Februar 1975 wurden 8 251 Neuzugänge registriert. Damit liegt die Mitgliederzahl der CDU jetzt bei 546 546 Personen. Dies teilte der Bundesgeschäftsführer der CDU, Karl-Heinz Bilke, mit.

Allein seit dem Juni 1973, als die jetzige Parteiführung in Bonn gewählt wurde, hat die Mitgliederzahl der CDU um 101 911 Personen zugenommen und damit um knapp 23 %. Diese Zahl verdeutlicht den beträchtlichen Zuwachs innerhalb eines relativ kurzen Zeitraums von 1 Jahr und 8 Monaten. Zugleich ist es ein Zeichen für die ständig zunehmende Attraktivität der Union, ihrer politischen Ziele und ihrer Führung. Die CDU Deutschlands ist zuversichtlich, im Vorfeld der Bundestagswahl von 1976 schon bald die „Schallmauer“ von 600 000 Mitgliedern durchbrechen zu können.

### Markierung der innerdeutschen Grenze als Auslandsgrenze?

„Ist sich die Bundesregierung bewußt, daß die Markierung der innerdeutschen Grenze als Auslandsgrenze auf amtlichen Karten der Bundesregierung, wie dies der Staatssekretärausschuß freigestellt hat, einen Verstoß gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Grundvertrag darstellt?“ Diese Frage hat der Berliner CDU-Bundestagsabgeordnete Gerhard Kunz an die Bundesregierung gerichtet. Kunz will weiter wissen, ob die Bundesregierung bereit ist, „sämtliche Ressorts anzuweisen, der Haltung des Bundesinnenministeriums zu folgen, wonach die Grenze in Deutschland nicht als Auslandsgrenze markiert werden kann.“

## Köplers Mannschaft

Die Delegierten der CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen stellten in einer nur einstündigen Konferenz in Essen die Landeswahlliste für die Wahlen am 4. Mai fertig. Spitzenkandidat ist der derzeitige Oppositionsführer Heinrich Köppler, für den 111 der 113 Delegierten stimmten. Die vorderen Plätze der Liste nehmen mit Albert Pürsten, Landtagspräsident Dr. Wilhelm Lenz, Rudi Nickels, Konrad Grundmann und Ottmar Rohl Mitglieder der Spitzenmannschaft Köplers ein. Fast alle erhielten zwischen 108 und 110 Stimmen. Der Anteil der Frauen blieb auf der Liste bei durchschnittlich 10 Prozent. Der jüngste Kandidat der Listenbewerber ist der 27jährige Theologiestudent Peter Hintze aus Bad Honnef, der den sicheren Platz 27 hält.

## Unterwürfige DDR-Geschichtsklitterung

Das „Neue Deutschland“, offizielles Organ der SED, mußte sich in Selbstkritik üben. In Erinnerung an die Kriegsergebnisse vor 30 Jahren erscheinen zur Zeit ganzseitige Aufsätze über den Vormarsch der Roten Armee. Im ersten Aufsatz tauchten in Frontskizzen deutsche Namen wie Königsberg, Danzig und Opeln auf. Im zweiten Aufsatz mußte sich der Kartenzeichner Weigelt in Kalinigrad, Gdanks und Opole korrigieren und durfte nicht mehr mit seinem Namen zeichnen. Dennoch, mit dem Verlauf der Geschichte hat das nichts gemein. Immerhin kapitulierte nicht Kalinigrad, sondern Königsberg; wurde nicht Wroclaw, sondern Breslau erobert. Fazit: In der DDR ist die doktrinäre Sprachregelung wichtiger als die Darstellung des nüchternen Geschichtsablaufs.

## STICHWORTE

### Die Lebenshaltungskosten

*sind gegenüber Februar vergangenen Jahres um 6 Prozent gestiegen.*

### Die Gastarbeiterzahl

*verringerte sich auf etwa zwei Millionen. Der Anwerbestopp in allen Ländern außer Italien hält an.*

### 350 000 Mann

*sind die DDR-Betriebskampfgruppen stark. Ausrüstung: leichte und mittlere Infanteriewaffen, Fahrzeuge und Nachrichtengerät.*

### In Leipzig

*stellen auf der Frühjahrmesse 39 Firmen aus dem Bundesgebiet und West-Berlin weniger aus als im Vorjahr.*

### Die Bundesanstalt

*für Arbeit hat im Januar und Februar 2,2 Milliarden Arbeitslosenunterstützung gezahlt und ein Defizit von 1,614 Milliarden erreicht.*

### Vor einem Junktim

*zwischen der Deutschen-Aussiedlung aus Polen und finanziellen Zusagen Bonns an Warschau warnte CDU-MdB Hupka.*

### Die stärkste

*Berlin-Fraktion im nächsten Bundestag wird die CDU mit 11 Abgeordneten stellen. Die SPD wird 10, die FDP 1 Abgeordneten nach Bonn entsenden.*

## ■ TERROR

### Das meinte Peter Lorenz: Kampf gegen die Lauheit

**In UjD 10/75 haben wir die Äußerungen von Bundeskanzler Schmidt zum Thema innere Sicherheit in Berlin veröffentlicht; sie enthalten nicht zuletzt eine persönliche Verächtlichmachung von Peter Lorenz. Nachfolgende Auszüge aus Lorenz-Reden vor der Entführung, die den krassen Gegensatz zu der Entgleisung und Verharmlosung Schmidts deutlich machen.**

**W**ir sind entschlossen, uns selbst immer wieder daraufhin zu prüfen, ob unsere Arbeit und unsere Einrichtungen der Freiheit, Sicherheit und der Ordnung in unserem Land den richtigen Dienst leisten. Wir sind sinnvollen Reformen auf allen Gebieten aufgeschlossen und beabsichtigen nicht, auf wirklichen oder scheinbaren Lorbeeren auszuruhen.

Aber wir haben auch den Ehrgeiz, es endlich wieder dahin zu bringen, daß unsere Stadt Berlin wieder dafür bekannt ist, daß hier Demokraten für die Freiheit demonstrieren und nicht nur die Anarchisten und Kommunisten für die Unfreiheit auf die Straße gehen.

Wir sagen den totalitären Angriffen auf unsere demokratische Ordnung den Kampf an. Wir werden nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, wenn Gruppen in unserer Stadt unsere freiheitliche Demokratie beseitigen wollen, um an

ihre Stelle ein Staats- und Gesellschaftssystem zu setzen, das Toleranzen gegen Andersdenkende nicht kennt und das die Meinungsäußerung nicht gestattet.

Wir wissen, daß diese Entwicklung nicht von ungefähr kommt. Allzu lange haben Sozialdemokraten und Pseudo-Liberale, darunter Intellektuelle, Schriftsteller und Kommentatoren, die Augen verschlossen vor den Gefahren der linksradikalen Unterwanderung. Und viele von denen, die heute entsetzt die Hände ringen, oder die inzwischen auch für ein hartes Durchgreifen des Staates eintreten, viele von denen müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, daß sie durch Blindheit, Einäugigkeit, Lauheit, Unentschlossenheit und leichtfertiges Gewährenlassen Wegbereiter der Entwicklung sind, die zu den Straßenschlachten ebenso wie zu den Morden und Terror geführt haben.

Wir werden mit Entschlossenheit auch gegen diejenigen kommunistischen Gruppen vorgehen, die inzwischen an den Universitäten und Hochschulen Positionen besetzt haben, in denen sie über öffentliche Gelder mitverfügen können, die bis in die Millionen gehen.

Wir wollen in Berlin endlich wieder Hochschulen haben, in denen die Freiheit der Wissenschaft herrscht und nicht kommunistische Funktionäre. Wir wollen, daß unsere Hochschulen ihre volle Leistungsfähigkeit wiederherstellen und damit in Deutschland und der Welt ihren früheren guten Ruf zurückgewinnen.

Dazu brauchen wir die Änderung des Demonstrationsrechts, und wir brauchen eine Haftpraxis, in der die Polizisten nicht dieselben Straftäter heute wieder treffen, die sie gestern noch bei der gleichen Straftat festgenommen hatten, die aber nach Feststellung ihrer Adresse wieder freigelassen worden sind.

## ■ BERUFLICHE BILDUNG

# Auch von dieser Reform ist fast nichts mehr übriggeblieben

**Wenn Politik in mittelfristigen Zeiträumen abgerechnet wird, dann ist die Bundesregierung auch in der Bildungspolitik gescheitert. Wer sich an die erste Regierungserklärung des SPD/FDP-Bündnisses erinnert, weiß noch, daß die Bildungspolitik nach den Vorstellungen von Bundeskanzler Brandt eine entscheidende Schlüsselstellung bei den „inneren Reformen“ einnehmen sollte und als Reform apostrophiert wurde. Die letzte Regierungserklärung, die Bundeskanzler Schmidt am 10. Mai 1974 vor dem Deutschen Bundestag abgab, liest sich dazu im Vergleich bereits wie das Eingeständnis einer verfehlten Bildungspolitik.**

**H**ier ist erst an 5. Stelle von der Bildungspolitik und dann nur noch von der beruflichen Bildung die Rede. Gegen den Numerus clausus an den Hochschulen und für Maßnahmen zur Verbesserung der Chancengerechtigkeit kämpft die Bundesregierung mangels Finanzmasse kaum mehr; die SPD/FDP-Koalition setzt ihre Hoffnungen im Bildungsbereich auf die Reform der beruflichen Bildung. Nunmehr liegt dazu der 2. Referentenentwurf vor, nachdem der 1. Entwurf vom 15. Januar 1975 bereits Makulatur geworden ist.

Am 16. April soll das Bundeskabinett über diesen Referentenentwurf vom 26. Februar 1975 beschließen, nachdem die

an der beruflichen Bildung Beteiligten zu diesem Referentenentwurf angehört worden sind. Dieser Entwurf ist jedoch bereits jetzt bei Wirtschaft und Gewerkschaften auf Kritik und Ablehnung gestoßen. Auch das Gerangel der Hauptkontrahenten innerhalb der Bundesregierung, Minister Rohde und Minister Friderichs, scheint noch keineswegs zu Ende zu sein. In getrennten Pressekonferenzen haben beide Politiker den 2. Referentenentwurf aus ihrer Sicht interpretiert.

Während Bildungsminister Rohde angesichts steigender Schülerzahlen, schwindender Lehrstellenzahlen und starker regionaler Unterschiede davon ausgeht, daß das Umlageverfahren wohl 1977 in Kraft gesetzt werden muß, äußerte Minister Friderichs unmißverständlich die Hoffnung, daß es überhaupt nicht zu einer Belastung der Betriebe kommt. Friderichs geht davon aus, daß die Bundesregierung erst Ende dieses Jahrzehnts das notwendige statistische Material erhält, das die Einführung einer Berufsbildungsabgabe ermöglicht; Anfang der 1980iger Jahre jedoch, so argumentiert er, sinken die Schülerzahlen bereits wieder.

Die Unionspolitiker Pfeifer und Gölter haben nach Analyse dieses Referentenentwurfs Minister Rohde bereits ein Scheitern seiner Berufsbildungspolitik bescheinigt:

① Das Kardinalproblem der beruflichen Bildung, die bessere Zusammenarbeit

von Bund und Ländern mit dem Ziel der besseren Abstimmung von Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrplätzen, wird im Gesetzentwurf nicht gelöst. Noch nicht einmal die Erarbeitung von Empfehlungen für schulische Lehrpläne ist in den Aufgabenkatalog des Bundesinstituts für Berufsbildung aufgenommen worden. Die Länder sollen zwar in Zukunft bei der Erarbeitung der Ausbildungsordnungen mitreden können, alles was sich im Bundesinstitut vollzieht, erfolgt jedoch unter dem Einfluß des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft.

Das Bundesinstitut ist damit nichts anderes als der von vornherein institutionalisierte Konflikt. Wenn darüber hinaus dem Landesgesetzgeber die Einrichtung von Landesanstalten überlassen wird, so läuft das der Zielsetzung einer einheitlichen Berufsbildung in allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland frontal zuwider.

② Die Finanzierungsvorstellungen sind unausgereift und widersprüchlich; die Mittel, die durch die beabsichtigte Eventualumlage aufgebracht werden könnten, belaufen sich auf rd. 500 Mio. DM pro Jahr. Die Ziele, die laut Referentenentwurf im Falle der Umlage verwirklicht werden sollen, erfordern jedoch ein wesentlich höheres Aufkommen. Sollten künftig alle in einem Jahr neu abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse — etwa 450 000 — aus der Umlage einen Zuschuß erhalten, so würde sich dieser noch nicht einmal auf 100 DM pro Monat belaufen.

③ In der öffentlichen Diskussion über die berufliche Bildung in den letzten Monaten standen die Organisations- und Finanzierungsfragen zwar im Vordergrund, jedoch sind andere wichtige Themenkomplexe dadurch völlig zu Unrecht untergegangen. Der Referenten-

entwurf geht beispielsweise von der Zielvorstellung aus, daß künftig mehrere Ausbildungsabschnitte in verschiedenen Ausbildungsstätten bei Begründung eines jeweiligen neuen Rechtsverhältnisses zu durchlaufen sind. Rohde spricht konsequenterweise von einem „Baukastensystem“, das ermöglicht und angestrebt werden soll. Das Ergebnis wird jedoch eine Atomisierung der Ausbildung sein, mit der Konsequenz, daß Ausbildung in weiten Bereichen der mittelständischen Wirtschaft nicht mehr möglich sein wird. Auch hier trägt der Referentenentwurf zu einer ausreichenden Sicherung des Lehrstellenangebots nicht bei.

## Initiativen der CDU/CSU

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat als einzige Fraktion im Deutschen Bundestag sowohl in der VI. als auch in der laufenden VII. Legislaturperiode konkrete parlamentarische Initiativen zur Reform der beruflichen Bildung im Deutschen Bundestag eingebracht. Erst Ende Januar 1975 hat sie dem Deutschen Bundestag ein Dringlichkeitsprogramm vorgelegt. Es sieht durch Umschichtung vorhandener Mittel — von den Mitteln des Konjunkturprogramms bis zu den Mitteln der Regionalförderung — und durch ein Bündel von Maßnahmen die Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen in einer Größenordnung von mehreren tausend vor.

Einige Bundesländer haben inzwischen in der gleichen Richtung Initiativen ergriffen. Die Bundesregierung sollte nicht zurückstehen und diesen Vorschlag, der z. Z. in den Ausschüssen des Bundestages liegt, auf schnellstem Wege realisieren, zumal die im Referentenentwurf des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft vorgesehenen Maßnahmen kurzfristig nicht zu realisieren sind.

## SOZIALER WOHNUNGSBAU

# SPD/FDP-Politik auf dem Rücken der sozial Schwachen

**SPD und FDP verabschieden sich von der Zielsetzung des Zweiten Wohnungsbaugesetzes, privates Eigentum breit zu streuen. Zu diesem Schluß kommt der CDU/CSU-Fraktionsabgeordnete im Bundestag, Dr. Friedrich-Adolf Jahn. Jahn bezieht sich in seiner Kritik auf den Gesetzentwurf der Linkskoalition zur Förderung von Wohnungseigentum und Wohnbesitz im sozialen Wohnungsbau, dessen Beratung im Ausschuß für Raumordnung, Städtebau und Wohnungswesen zu Ende gegangen sind.**

Nach geltendem Recht, so Jahn, und auf Vorschlag der damaligen CDU/CSU-Bundesregierung geschaffen, hat die Förderung des Wohnungsbaus das Ziel

- die Wohnungsnot zu beseitigen
- und zugleich weite Kreise des Volkes durch Bildung von Einzeleigentum mit dem Grund und Boden zu verbinden.

Die zweite Alternative ist gegen den Widerstand der CDU/CSU mit den Stimmen von SPD und FDP als Zielsetzung ersatzlos gestrichen worden. Wenn künftig die Wohnungsnot beseitigt ist, hat das Zweite Wohnungsbaugesetz seine Schuldigkeit getan, die breite Streuung privaten Eigentums wird als selbständiges Ziel des Wohnungsbaus von SPD und FDP nicht mehr anerkannt.

Wenn gleichwohl durchgesetzt werden konnte, daß künftig mehr als 50 % der Wohnungsbaumittel für Eigenheime und Eigentumswohnungen verwandt werden müssen, so beruht dies auf der konsequenten Haltung der CDU/CSU, die erreicht hat, daß der sogenannte Wohnbesitzbrief nicht als echte Eigentumsmaßnahme bezeichnet werden kann. Ein Abänderungsantrag von SPD und FDP vom 6. Juni 1974, die Mindestförderung der Eigenheime und Eigentumswohnungen auf lediglich ein Drittel zu beschränken, ist am 3. Dezember 1974 wieder zurückgezogen worden, läßt aber klar erkennen, was die SPD tun würde, wenn sie im Parlament die absolute Mehrheit hätte.

Mußte die SPD die mehr als fünfzigprozentige Förderung der Eigenheime und Eigentumswohnungen, so mußte die FDP bei den Koalitionsverhandlungen das neue Modell des sogenannten Wohnbesitzbriefes schlucken. Der Wohnbesitzbrief gewährt die rechtliche Beteiligung an einem Fondsvermögen, gekoppelt mit einem schuldrechtlichen Dauerwohnrecht. Die Beratungen haben gezeigt, daß Leistung und Gegenleistung in keinem ausgewogenen Verhältnis stehen. Wer den Wohnbesitzbrief erwerben will, muß 15 % der Bausumme des Objekts, das er bewohnen will, als Zuschlag zur Kostenmiete aufbringen, ohne Eigentümer zu werden.

Die sozial-liberale Koalition stärkt mit dem Wohnbesitz eindeutig die Position

des Eigentümers; denn die Verpflichtung, das Eigenkapital aufzubringen, wird auf den in der Regel sozial schwächer gestellten Mieter abgewälzt.

Eigentümer ohne Eigenkapital, Eigentümer ohne Risiko! Wie kann eine sozial-liberale Koalition dies wollen? Des Rätsele Lösung: Eigentümer im Sinne des Gesetzes darf kein Privatmann sein, sondern nur eine Gesellschaft! In diesem Sinne ist der Wohnbesitz ein Mittel zur Kapitalbeschaffung für die großen Wohnbaugesellschaften auf Kosten der sozial schwächer gestellten Bevölkerungsschichten, die sich ein Eigenheim oder eine Eigentumswohnung nicht leisten können. Dies ist wahrlich keine Politik der sozialen Sicherung einzelner, sondern der Machtzusammenballung von Wohnungseigentum.

### „... noch nicht praktikabel“

Die CDU/CSU begrüßt grundsätzlich die Suche nach neuen Wohnungsformen sowie die öffentliche Förderung von Modellen, die sich in der Praxis bewährt haben. Hiervon kann bei dem Wohnbesitzbrief jedoch nicht die Rede sein. Das umfassende Gutachten des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung kam zu der Schlußfolgerung:

*„Bei aller Bejahung der Zielsetzung des Gesetzentwurfs scheint... der auf die Wohnbesitzwohnung entfallende Teil des Gesetzes noch nicht praktikabel.“*

Die Bundesregierung war in den Beratungen nicht in der Lage, die im Gutachten vorgetragenen Bedenken zu widerlegen. Gleichwohl manipuliert sie den Markt durch Schaffung quantitativer und qualitativer Förderungspräferenzen:

● absoluter Vorrang der Bereitstellung von Förderungsmitteln für Wohnbesitz gegenüber dem herkömmlichen Mietwohnungsbau;

● bei Wohnbesitzwohnungen werden 120 qm, bei herkömmlichen Mietwohnungen nur 90 qm gefördert. Die Förderungssätze für Wohnbesitzwohnungen liegen um 10 % höher als bei den Mietwohnungen.

Das gesellschaftspolitische Motiv von SPD und FDP ist einleuchtend: öffentliche Mittel für den Mietwohnungsbau künftig vorrangig in öffentliche Hand! Die Zahl der privaten Vermieter soll sich verringern

*So schreibt der frühere Wohnungsbauexperte der SPD, Neuffer, in seinem Buch „Entscheidungsfeld Stadt“ auf Seite 35: „Mietwohnungsbau sollte endlich zu ausschließlich öffentlicher Aufgabe erklärt werden. Die bisher in Privateigentum stehenden Miethäuser sollten auf einer angemessenen Rentenbasis enteignet werden.“*

Mit mehreren Abänderungsanträgen verfolgte die CDU/CSU u. a. das Ziel, Anreiz für die Überführung von großen Wohnungsbeständen in echtes Einzel Eigentum zugunsten derer zu schaffen, die in den Wohnungen zur Zeit lediglich als Mieter wohnen. Sämtliche Anträge wurden abgelehnt, so auch der neueste, daß auf Antrag von mehr als der Hälfte aller Wohnbesitzberechtigten der Träger verpflichtet ist, echtes Wohnungseigentum zu begründen. Hier wird offenkundig: Parallel zu dem Modell der SPD hinsichtlich der Aufspaltung des Eigentums am Grund und Boden in „Verfügungseigentum“ und „Nutzungseigentum“ soll der Neubau von Mietwohnungen vorrangig im Eigentum der Gemeinden oder großer Baugesellschaften erfolgen.

Die CDU/CSU wird in zweiter Lesung die wichtigsten der abgelehnten Abänderungsanträge wiederholen, um ihre dem Wohle des Bürgers besser dienende Alternative zu verdeutlichen.

## ■ KOALITION

### Kühn diffamiert weiter

Den vorläufigen Gipfel politischer Verdrehung leistete sich bei einer Wahlveranstaltung der SPD in Ludwigshafen am Dienstag (4. 3. 1975) der stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende und NRW-Ministerpräsident Heinz Kühn. Wie der CDU-Landesverband Rheinland-Pfalz mitteilt, erklärte Kühn: Die Entführer von Peter Lorenz „verfolgen das Ziel, der CDU/CSU an die Macht zu verhelten, um damit eine Polarisierung der politischen Kräfte zu erreichen“. Bei einer CDU/CSU-geführten Bundesregierung entwickle sich der ideale Nährboden für linksradikale Aktivitäten. Diese unglaubliche Diffamierung der CDU reiht sich lückenlos in die SPD-Agitation gegen die CDU ein, die Kühn mit der Behauptung eröffnet hatte, im Falle eines CDU/CSU-Wahlsieges werde die Bundesrepublik „regierungsunfähig“.

### Riemers „Bilder“ vom politischen Gegner

Die in den vergangenen Tagen viel beschworene „Solidarität aller Demokraten“ ist für die FDP offenbar eine wenig ernstzunehmende und kurzlebige Zeiterscheinung. Zu diesem Schluß muß man kommen, wenn man den Mann über den politischen Gegner reden hört, demgegenüber er noch vor Monaten „in höherem Sinne“ offen war. Der nordrhein-westfälische FDP-Führer Horst Ludwig Riemer war alles andere als zimperlich, sein „Feindbild“ (so die Kölnische Rundschau) aufzubauen.

Da ist die CDU eine „Neinsager- und Meckerpartei“ oder eine „Scheinfirma, die Mogelpackungen verkauft“, oder gar

die Partei, die „das Haus anzündet, um dann die Versicherungssumme einzustreichen“. Diese Bilder scheinen wie Rettungsringe für einen politisch Ertrinkenden, an die er sich bedenkenlos klammert. Dafür spricht auch die Tatsache, daß Herr Riemer nicht mehr zu wissen scheint, was er sagt. Immerhin war er vor nicht allzu langer Zeit für die „Mogler“ und „Brandstifter“ im höheren Sinne offen. Soll ein Mensch die FDP verstehen. Der Wähler tut es offenbar nicht.

### Harte Juso-Front gegen Parteivorstand

Der SPD stehen schwere Auseinandersetzungen mit dem eigenen Parteinauwuchs bevor. Der neu gewählte Juso-Vorstand schlug Kooperationsangebote der SPD in „nahezu brüskem Ton“ aus. Heidi Wieczorek-Zeul machte auch deutlich, was damit gemeint war: Sie verbat sich für die bevorstehenden Auseinandersetzungen der beiden beim Bundeskongreß in Wiesbaden auseinandergelassenen Lager (die Linke um den neuen Bundesvorstand und die ganz Linke Stamokap-Gruppe) jede Einmischung der Partei.

Beim Bundeskongreß hatte es für die rote Heidi einen unerwarteten Schock gegeben. In einer ersten Abstimmung hatte sich die Stamokap-Gruppe mit ihrem marxistischen Antrag zum Thema „Reform und Staat“ gegen den Vorstand durchgesetzt. Zwar zogen Heidi und Genossen mit der eigenen Rücktrittsdrohung noch einmal erfolgreich die „Notbremse“, doch geht die Stamokap-Gruppe optimistisch in die bevorstehenden Positionskämpfe. Dazu der führende Vertreter der marxistischen Linie innerhalb der Jusos. Detlev Albers, zur „Qualität“ der Auseinandersetzungen: „Jetzt geht es erst richtig los.“

## Politvandalismus der Linken

Als „politischen Vandalismus“ hat die niedersächsische CDU die Beschädigung von Kraftfahrzeugen mehrerer Teilnehmer des CDU-Kreisparteitages Norden (Ostfriesland) verurteilt. Unbekannte Täter hatten elf auf einem Parkplatz abgestellte Wagen, darunter das Dienstfahrzeug von CDU-Generalsekretär Haaßengier, aufgebrochen und nach dem Ausräumen der Handschuhfächer im Inneren mit Marmelade beschmiert. Dabei war eine Aktentasche Haaßengiers, der auf dem Parteitag über das Problem der inneren Sicherheit referierte, geleert und mit einer Trauerkerze behängt worden.

## Hälfte der Asta von Linksextremisten besetzt

Die Hälfte der Mitglieder der Allgemeinen Studentenausschüsse (AStA) von 45 Universitäten und Technischen Hochschulen in der Bundesrepublik ist nach Angaben des Obmanns der CDU/CSU im Bundestagsinnenausschuß, Karl Miltner, „von Vertretern linksextremistischer Gruppen besetzt“. Dies habe eine Auszählung vom Oktober vergangenen Jahres ergeben, deren Ergebnis die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Union mitgeteilt habe. Bei der Aufstellung von Listen habe es eine Zusammenarbeit zwischen dem Sozialistischen Hochschulbund (SHB) und den Hochschulgruppen der Jungsozialisten in der SPD gegeben.

## Beifall aus Moskau

In einem Kommentar von Radio Moskau (in deutscher Sprache) zum Juso-Kongreß (6. 3. 1975) heißt es wörtlich: „Der in Wiesbaden stattgefundene Kongreß der Jungsozialisten zeigte ein ganz

bestimmtes Wachstum der demokratischen Tendenzen unter der sozialdemokratischen Jugend und das stärker werdende Gefühl für die internationale Solidarität. Und nicht zuletzt zeugt davon auch die Teilnahme von Delegationen der Jugendorganisationen aus den sozialistischen Ländern an diesem Kongreß. Eine bedeutende Mehrheit, einschließlich der Vorsitzenden der Jungsozialisten, Wieczorek-Zeul, stellt der Organisation die Aufgabe des weiteren Kampfes für die Erweiterung der Teilnahme der Arbeiter in den Aufsichtsräten in den Unternehmen, für eine ernste Begrenzung der Macht der Monopole und für eine demokratische Planung im Maßstab der Gesellschaft mit Teilnahme aller, die das betrifft.“

## Linker SPD-Flügel gewinnt an Boden

Überraschend unterlag der sich zur „linken Mitte“ zählende frühere Juso-Bundesvorsitzende und bisherige zweite stellvertretende Frankfurter SPD-Vorsitzende Karsten Voigt bei der Wahl der beiden Stellvertreter des Vorsitzenden der Frankfurter SPD, des Landtagsabgeordneten Fred Gebhardt, der mit 245 gegen 139 Stimmen bei 46 Enthaltungen in seinem Amt bestätigt wurde. Mit diesem Ergebnis und auch im Verlauf des SPD-Unterbezirksparteitages traten die tiefen Gegensätze zwischen den verfeindeten Parteiflügeln offen zutage. Gebhardt und Oberbürgermeister Rudi Arndt als Vertreter der sogenannten linken Mitte hatten mit Hilfe einer eigenen Kandidatenliste, auf der sich auch Karsten Voigt befand, versucht, wenigstens vier der profilierten Linken aus dem 15köpfigen Vorstand herauszudrängen, allerdings ohne Erfolg. Der Juso-Flügel erwies sich als zu stark.

## ■ WAHLEN

# Was sind dem DGB seine eigenen „Prüfsteine“ wert?

**Die Bonner Koalition — ausgezogen, Deutschland schöner, moderner und sozialer zu machen — wagt nicht mehr, von solchen Versprechungen zu reden. Zu offensichtlich ist ihr Versagen. So flüchtet sie sich in Panikmache und offenbart opportunistische Machtbesessenheit, wenn sie nun ihre letzte Zuflucht zu der Lüge nimmt, die Bundesrepublik Deutschland sei durch die CDU nicht mehr regierbar. Woher nehmen jene den Mut, die Arbeitslosigkeit und Inflation verschuldeten, den Mut, die in 20 Jahren bewährte demokratische Alternative zu diskreditieren?**

Um das Versagen der SPD/FDP-Koalition gerade gegenüber der Arbeitnehmerschaft deutlich zu machen, hat Dr. Rainer Barzel die Forderungen des DGB aus dem Jahre 1972 zum Maßstab einer Bilanz genommen.

„Bei der letzten Bundestagswahl im Jahre 1972 gab der Deutsche Gewerkschaftsbund ‚8 Prüfsteine‘ heraus. Diese Prüfsteine spielten im Wahlkampf eine große Rolle. Überall im Lande fragten die DGB-Gewerkschafter die Kandidaten und Politiker aller Schattierungen nach ihrer Meinung und urteilten anhand dieser ‚8 Prüfsteine‘. Der Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes sagte damals zu, an diesen Prüfsteinen

werde er ‚Worte und Taten der Parteien messen‘.

Der Vorstand des DGB ist herzlich eingeladen, diese Prüfsteine aus der Motenkiste zu holen und zu tun, was er versprach: Die Worte und Taten der Parteien an diesen Prüfsteinen messen. Hier sind die 8 Prüfsteine:

❶ Der DGB verlangte paritätische Mitbestimmung im Aufsichtsrat der Unternehmen sowie an Wirtschafts- und Sozialräten, die noch einzurichten seien.

**Koalitionsbilanz:** Eine solche Mitbestimmung ist nicht in Sicht.

❷ Gerechte Verteilung des Produktivvermögens:

**Koalitionsbilanz:** Die Koalition hat dieses Thema vertagt. Sie sieht sich nicht imstande, etwas zur besseren Verteilung des Produktivvermögens zu tun.

Die Sozialdemokraten erklären in ihrem neuesten Programm, die Bundesrepublik Deutschland sei immer noch Klassengesellschaft, weil die Vermögensverteilung ungerecht sei. Wer so spricht, aber zugleich eine konkrete Politik zur Änderung dieses Zustandes unterläßt, handelt wider bessere Erkenntnisse, wider die soziale Gerechtigkeit und die Sozialpflichtigkeit.

❸ Bildungspolitik

**Koalitionsbilanz:** Die Inflation hat zur Finanzkrise und diese zur Reformunfähigkeit in der Bundesrepublik Deutschland geführt. In der Bildungspolitik sind

wir nicht mal mehr imstande, das ist von 1974 in den nächsten Jahren durchzuhalten. Der Hamburger SPD-Senat hat die Reduzierung der Lehrstellen um 4 % beschlossen. Der Bildungsplan kann vom Bildungsbudget nicht finanziert werden. Möglicher Fortschritt unterbleibt. Die Zeche zahlen junge Menschen, denen die verlorenen Jahre für ihre Ausbildung kein Politiker und keine Politik wiederbringen kann. Dies ist keine Reform, sondern ein Skandal.

#### 4 Größere soziale Sicherheit:

**Koalitionsbilanz:** Wenn die DGB-Gewerkschaften an diesem ihrem 4. Prüststein die gegenwärtige Lage analysieren, dann müssen sie laut und wütend aufschreien wegen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Wo aber bleibt das ehrliche Wort der gegenwärtigen Gewerkschaftsführer zu diesem sozialen Rückschritt?

#### 5 Wirtschaftspolitik für das Volk

**Koalitionsbilanz:** Inflations- und Finanzkrise sind Wirklichkeit. Die breiten Massen zahlen die Zechen, und der kleine Mann badet das alles aus. Inflation ist Betrug am Sparer und am Rentner, ist eine Steuer für die Armen und eine Prämie für die Reichen.

Wo bleibt der Protest derer im DGB, die das alles angeht, wegen dieser gegen das Volk gerichteten Wirtschaftspolitik?

#### 6 Frauenfragen, vor allem eigenständige soziale Sicherung der Frau:

**Koalitionsbilanz:** Die soziale, wirtschaftliche und finanzielle Lage hat dieses berechnete und vordringliche Anliegen nicht der Verwirklichung nähergebracht, sondern um Jahre vertagt. Das ist kein Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit, das ist Rückschritt.

Wo bleibt die Demonstration derer, die das angeht? —

#### 7 Verbot der Aussperrung und wirksamer Schutz vor Kündigungen.

**Koalitionsbilanz:** Zu diesen beiden Themen regt sich nichts in der Gesetzgebung.

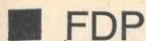
#### 8 Umweltschutz

**Koalitionsbilanz:** Hier hat es — und das ist dann aber auch der einzige Lichtblick — nicht zuletzt aufgrund der Schützenhilfe der Opposition einige Fortschritte gegeben.“

Ich nehme an, stellte Rainer Barzel fest, daß die mündigen Bürger diese „Prüfsteine“ nicht vergessen haben. Die Koalition hat ihre Zusagen gebrochen und ihr Vertrauen verspielt. Es ist Zeit für einen neuen Anfang.

## ■ TERMINE

- 17. 3. **CDU — Bund, Präsidium, Bonn**
- 17. 3. **CDU — Bund, Bundesausschuß, Bonn**
- 17. 3. **CDU — Bund, Bundesvorstand, Bonn**
- 20. 3. **LV Hessen, Kreisgeschäftsführerkonferenz**
- 20. 3. **Union der Vertriebenen und Flüchtlinge — Bund, Vorstand, Bonn**
- 21. 3. **LV Braunschweig, Landesausschuß, Braunschweig**
- 22. 3. **LV Schleswig-Holstein, Landesvorstand, Kiel**
- 24. 3. **BV Nordwürttemberg, Bezirksvorstand, Stuttgart**
- 26. 3. **CDU — Bund, Landesgeschäftsführerkonferenz, Bonn**
  - 3. 4. **LV Bremen, Landesausschuß, Bremen**
  - 5. 4. **LV Saar, Landesparteitag zur Wahlkampföffnung, Saarbrücken**
  - 5. 4. **LV Braunschweig, Landesparteitag, Peine**
  - 7. 4. **CDU — Bund, Präsidium, Kiel**
  - 7. 4. **CDU — Bund, Bundesvorstand, Kiel**
  - 7. 4. **KPV Niedersachsen, Hauptausschuß, Hannover**
  - 8. 4. **LV Bremen, Landesvorstand, Bremen**
  - 11. 4. **LV Berlin, Landesvorstand**



# Auch Jungdemokraten verstärken Kampf zur Systemüberwindung

**Auf ihrem Bundesdelegiertentag vom 7. bis 9. März 1975 in Lahnstein beschlossen nach den Jusos jetzt auch die Jungdemokraten, insbesondere auf den Gebieten der Wirtschafts-, Bildungs- und Gesundheitspolitik systemüberwindende Reformen durchzusetzen. Sie selbst verstehen die Jungdemokraten folgendermaßen: „Die Deutschen Jungdemokraten sind ein liberaler, antikapitalistischer Jugendverband. Ihre Zielsetzung beinhaltet die Überwindung des bestehenden kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems in der Bundesrepublik Deutschland mit der Perspektive der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung aller, durch Praktizierung von Basisdemokratie.“**

**S**charfe Kritik übte der Vorsitzende Theo Schiller am „kapitalistischen Wirtschaftssystem“: Die Marktwirtschaft sei als „höchst autoritäre, bürokratisch vollzogene und mit der Unternehmenskonzentration zunehmende, zentralisierende Planwirtschaft in privater Verkleidung als autoritäre Konzernherrschaft“ zu kennzeichnen.

Die Judos verlangen eine Investitionssteuerung. Mit Hilfe der Investitionssteuerung und von regionalen Wirtschaftsräten müßte die bestehende „kapitalistisch-anarchische Produktionsweise“ (Resolution zur Jugendarbeitslosigkeit) überwunden werden.

Weiter verlangen die Judos eine Verstaatlichung der Berufsausbildung. „Auch dieser Ausbildungsbereich ist eine öffentliche Aufgabe.“

Zur Gesundheitspolitik billigten die Delegierten ein Programm, welches die Zentralisierung der Gesundheits- und Sozialhilfe unter öffentlicher Trägerschaft vorsieht. Dieses Programm läßt keinen Platz mehr für freipraktizierende Ärzte.

In einer Resolution zur inneren Sicherheit schließen sich die Judos der Diffamierungskampagne von Jusos und SPD gegen die Union an. Wörtlich heißt es: Die CDU „bezwecke eine Revision des Grundgesetzes ins Faschistoide. Sie (die Forderungen der CDU zur Verstärkung der inneren Sicherheit) bedeuten eine größere Gefahr für die Demokratie als die Schwierigkeiten eines freiheitlichen Rechtsstaates, mit gezielten Gewalttaten weniger Terroristen fertigzuwerden. Solidarität der Demokraten ja; aber keine Solidarität mit Strauß, Dregger und ihren inquisitorischen Suchtrupp!“

Der Landesverband Hamburg forderte sogar wenige Tage nach dem Terrorakt der Palästinenser in Tel Aviv: „Die Bundesrepublik Deutschland ermöglicht der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) die Errichtung eines Büros in der Bundesrepublik Deutschland als Vorstufe einer späteren diplomatischen Vertretung eines zukünftigen palästinensischen Staates.“

## ■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

### Neu im Angebot:

# Mut für eine politische Zukunft



Helmut Kohl  
**CDU**

Die 19. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU stand unter dem Motto „Zukunft und Hoffnung“. Helmut Kohl bezeichnete dieses Thema als die Herausforderung, die Zukunft nicht im Zeichen der Angst oder der Resignation, sondern im Zeichen der Hoffnung zu sehen — und zu meistern.

Die 20seitige Broschüre mit 4farbigem Umschlag enthält den vollständigen Text der Grundsatzrede, die Helmut Kohl auf der Bundestagung des EAK gehalten hat.

**Mindestabnahme:** 20 Exemplare  
**Preis:** 0,30 DM pro Exemplar  
**Best.-Nr.:** 3330

In einigen Kreis- und Ortsverbänden — insbesondere dort, wo zur Zeit Wahlkampf stattfindet — ist die Aktion „Offensive für die Frau“ bereits angelaufen. Wir stellen Ihnen die dafür entwickelten Informations- und Werbematerialien in dieser UID-Ausgabe noch einmal geschlossen vor.

### Faltprospekt

„Offensive für die Frau“

**Mindestabnahme:** 1 000 Exemplare  
**Preis:** 39,— DM pro 1 000 Exemplare  
**Best.-Nr.:** 2328

### Wandzeitung

„Offensive für die Frau“

**Mindestabnahme:** 25 Exemplare  
**Preis:** 6,— DM pro 25 Exemplare  
**Best.-Nr.:** 7331

### Argumentationskarte

„Erziehungsgeld/Partner-Rente“

**Mindestabnahme:** 100 Exemplare  
**Preis:** 3,— DM pro 100 Exemplare  
**Best.-Nr.:** 6332

### Argumente-Dokumente-Materialien

„Offensive für die Frau“

**Mindestabnahme:** 25 Exemplare  
**Preis:** 0,11 DM pro Exemplar  
**Best.-Nr.:** 5333

### Bestellungen an das

**IS-Versandzentrum, 483 Gütersloh 1,  
Postfach 6666, Telex 933 753 iserv d.**

Alle Preise verstehen sich inklusive Verpackungskosten zuzüglich Porto- bzw. Frachtkosten und Mehrwertsteuer.

## ■ PARTEIARBEIT

### Theaterbesuch

Der Arbeitskreis „Soziales“ des CDU-Stadtverbandes Wittlich hat im vergangenen Jahr in einer mehrwöchigen Aktion die Bürger über 65 Jahre im Bereich der Stadt Wittlich nach ihren Wünschen befragt. Nach Auswertung der Aktion wird die CDU jetzt eine Nachmittagsfahrt zum Stadttheater Trier für die älteren Bürger durchführen. Bei entsprechender Beteiligung werden diese Fahrten zu einer ständigen Einrichtung. Außerdem wird erstmalig ein Altersschwimmen mit Bewegungstherapie im Hallenbad durchgeführt. Die Aktion wird unter ärztlicher und fachlicher Betreuung stehen. Die interessierten älteren Mitbürger werden in einem besonderen Anschreiben auf diese Möglichkeit aufmerksam gemacht.

**Kreisverband Bernkastel-Wittlich**  
556 Wittlich, Schloßstraße 6.

### Kinderbetreuung

Die Frauenvereinigung der oberbergischen CDU hat in der Vergangenheit oft bewiesen, daß sie um Hilfsaktionen für den Bürger nicht verlegen ist. Seit einiger Zeit wird an allen verkaufsoffenen Samstagen in der Zeit von 10.00 Uhr bis 16.00 Uhr eine Kinderbetreuung unter dem Motto „fröhliche Spielstube“ angeboten, um den Eltern die Möglichkeit zu geben, in Ruhe einzukäufen oder andere Besorgungen zu machen. Weitere Vorteile für die Eltern sind, mehr Zeit und Ruhe für einen besonderen Qualitäts- und Preisvergleich. Für diese Betreuung haben sich eine ausreichende Anzahl von Frauen zur Verfügung gestellt, die an

den Umgang mit Kindern gewöhnt sind und auch beruflich damit zu tun haben. Damit es den Kindern in der Wartezeit nicht langweilig ist, wird gespielt, gebastelt, vorgelesen, und Saft und Kekse gibt's auch. Die Stadt Gummersbach hat die erforderlichen Räume zur Verfügung gestellt.

**Kreisverband Oberberg**  
527 Gummersbach 1, Schützenstraße 4

### Wandzeitungen

Um eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit bemüht sich der CDU-Ortsverband Alfeld, indem er die von der Bundesgeschäftsstelle herausgegebenen Wandzeitungen nicht nur in den CDU-Schaukästen aushängt, sondern diese auch an allen Litfaßsäulen im gesamten Stadtgebiet anbringt. Außerdem werden die Mitglieder der CDU-Fraktion des Rates der Stadt Alfeld in Bildanzeigen der Bevölkerung vorgestellt. Dabei wird immer der Ausschuß angegeben, in dem sie tätig sind. Die Aktion steht unter dem Motto: „Wir haben für Sie ein offenes Ohr“.

**Ortsverband Alfeld/Leine**  
Postfach 1405

In den zurückliegenden Wochen haben wieder viele Kreis- und Ortsverbände der Bundespartei Material über durchgeführte Aktionen zugeleitet. Über die Aktivitäten in Ihrem Verband sollten Sie auch künftig Berichte mit Unterlagen an die **CDU-Bundesgeschäftsstelle — Abt. Öffentlichkeitsarbeit — 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus**, schicken. Im UID werden Ihre Erfahrungen weitergegeben.

## ZITATE

### Kritische Freundschaft

Trotz der nervlichen Anspannung durch die Entführung des Peter Lorenz waren die Spitzen der CDU nach Recklinghausen geeilt. Die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) hatte zu einem Betriebsrätekongreß geladen. Weit über 600 waren gekommen. Thema: Gute Betriebsräte wählen!

CDU-Vorsitzender Helmut Kohl sprach ein klares „Ja“ zu starken Gewerkschaften aus, und zum DGB als Gewerkschaftsbund aller Arbeitnehmer. Kohl ist nach Konrad Adenauer der erste CDU-Vorsitzende, der sich um ein freundschaftlich kritisches Verhältnis zum DGB bemüht. Kohl in Recklinghausen: Die Union will keine parteipolitische Polarisierung in den Betrieben. Es liegt auch im Interesse der CDU, ein vernünftiges, kameradschaftliches — „ja“, ich scheue mich nicht, es zu sagen“ —, freundschaftliches Verhältnis zu den Gewerkschaften zu haben.

Noch vor wenigen Monaten hatte die Düsseldorf Kabarettistin Lore Lorenz auf der Bühne gefrozzelt: Aus einem Kohl ist nun mal kein Funke zu schlagen.

Die Hamburger Journalistin Wibke Bruhns befand noch vorige Woche im „Stern“: „Kohl ist ein schlechter Redner. Vor einem großen Publikum verlieren sich alle Gedanken, die im Zwiegespräch überzeugen können.“ Gegen Schluß ihres Stern-Artikels ging die schlanke Wibke noch etwas weiter: „Niemand weiß so recht, wo er eigentlich steht.“ Diese Diagnose aus Düsseldorf und Ham-

### Anschrift:

burg sah am Samstag aus wie Schweizer Käse. Vor den Betriebsräten stand der „Schwarze Riese“ aus Mainz wie eine Hoffnung auf bessere Tage. Volles Geläut in der Stimme, angriffslustig und selbstkritisch zugleich. Kohl: Wir wollen die Fehler nicht nur bei den anderen suchen. Er machte keine Klimmzüge an der ideologischen Reckstange. Seine Argumente zeigten Gespür für die an Rhein und Ruhr arbeitenden Menschen. An vielen Stellen konnte Kohl helle Begeisterung ernten. Für ihn haben die Betriebsratswahlen den gleichen Rang wie Landtagswahlen...

Mit gutem Gespür für die Gefahr der politischen Leukämie unserer Tage, ging Kohl in Recklinghausen auf die Meinung Heinz Kühns ein, durch die CDU würde der Staat unregierbar. Käme sie an die Macht, stünden soziale Unruhen ins Haus. Eine solche Meinung ist eine Mißachtung des frei wählenden Bürgers. Wir leben ja wohl nicht mehr in den balkanesischen Zuständen der Weimarer Republik, wir leben in der freiheitlichen Bundesrepublik des Jahres 1975. Einigkeit herrschte in Recklinghausen darüber, daß wir hier und heute ganz andere Sorgen haben als die gegenseitige Diffamierung. Für Kohl ist das Hauptproblem die augenblickliche Arbeitslosigkeit und die wuchernde Kurzarbeit. Die Beseitigung dieser industriellen Übel sei eine gemeinsame Aufgabe aller Parteien.

DGB-Organ „Welt der Arbeit“, 7. März 1975

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 53 Bonn, Argelanderstraße 175, Telefon 22 00 40. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Gerhard Braun, Bankverbindung: Commerzbank Bonn Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 193 795. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

# UID